

Wählen Sie Parteien, die sich für folgende Forderungen einsetzen:

- Die EU darf keine eigenen Atomwaffen erhalten und auch keine gemeinsame Planungs- und Befehlsstruktur für Atomwaffen aufbauen!
- Die EU muss sich für den Abzug beziehungsweise die Abrüstung aller Atomwaffen in Europa und zugleich zum Beitritt aller Mitgliedstaaten zum UN-Atomwaffen-Verbotsvertrag einsetzen.
- Die EU muss sich mit aller Kraft für Waffenstillstände und Verhandlungen in der Ukraine und im Nahen Osten einsetzen, damit das Morden in diesen Regionen aufhört und die Gefahr eines Dritten Weltkrieges gebannt wird.
- Die immer weiter eskalierenden Waffenlieferungen an die Ukraine und Israel müssen gestoppt werden.

Weitere Informationen zur EU-Wahl finden Sie unter:

www.ohne-ruestung-leben.de/europawahl2024.

V.i.S.d.P.: Friedensinitiative Schorndorf, c/o Detlef Beune, Birkenallee 50,
73655 Plüderhausen – E-Mail: dbeune@web.de

Europawahlen 9.Juni 2024

Bitte gehen Sie zur Wahl! Wählen Sie eine Partei, die sich für Frieden, Verständigung und Abrüstung einsetzt!



Welche Partei könnte man dann wählen?
Das ist schwer zu sagen. Aber: Folgende
Parteien gehören wohl kaum dazu:

Die folgenden Aussagen wurden den Wahlprogrammen der jeweiligen Parteien, ihrer Politik der letzten Jahre und den Äußerungen führender PolitikerInnen der Parteien entnommen.



Die "Verteidigungsfähigkeit Deutschlands" muss "unverzüglich wiederhergestellt werden", insbesondere zur Landesverteidigung und Sicherung der Handelswege. Hierzu muss die Wehrpflicht wieder eingeführt werden, und der deutsche Wehretat muss an die Anforderungen angepasst werden.



- Europa muss „einen größeren Beitrag zur Abschreckung durch das NATO-Bündnis insgesamt leisten“ – also die Rüstungsausgaben deutlich erhöhen.
- Der CDU/CSU geht die Kriegspolitik der Ampel nicht weit genug. So hat sie im Bundestag den Antrag gestellt, auch Taurus-Marschflugkörper an die Ukraine zu liefern.



- Ziel der FDP ist eine Europäische Verteidigungsunion "als Zwischenschritt zu einer Europäischen Armee".
- Zentral ist für die FDP die Unterstützung der Ukraine, sie müsse "den Krieg gewinnen und ihre territoriale Integrität und Souveränität zurückerlangen". Die FDP unterstützt einen NATO-Beitritt der Ukraine und eine internationale Isolation Russlands.
- Um die Ukraine weiterhin auch militärisch stärker unterstützen zu können - "auch mit der zusätzlichen Lieferung dringend benötigter

Waffensysteme wie dem Marschflugkörper Taurus" - will die FDP die Kapazitäten der Rüstungsindustrie steigern



- Vor den letzten Bundestagswahlen hatten die GRÜNEN versprochen, dass sie keine Waffen in Kriegs- oder Krisengebiete liefern wollten. Seitdem sie mit in der Ampel-Regierung sitzen, fordern sie immer mehr Waffenlieferungen an die Ukraine.
- Versuche, mit Russland überhaupt nur über einen Frieden in der Ukraine zu verhandeln, lehnen sie ab.
- Immer dann, wenn es um zusätzliche Waffenlieferungen in die Ukraine oder Israel geht, stimmen sie zu. Allen Anträgen im Bundestag, die „Verteidigungsausgaben“ in Deutschland zu erhöhen, haben sie zugestimmt.



- Nach Beginn des Ukraine-Krieges hat Kanzler Scholz verkündet, dass es ein Sondervermögen für die Bundeswehr von 100 Milliarden € geben wird. Da das anscheinend nicht lange reichen wird, tritt die SPD dafür ein, dass sie ab sofort mindestens 2% des BIP in die Rüstung stecken möchte.
- Verteidigungsminister Pistorius hat angekündigt, dass er zum einen Deutschland wieder „kriegstüchtig“ machen möchte, zum anderen will er in Deutschland wieder eine Wehrpflicht einführen. Er möchte Deutschland in den nächsten 5 bis 8 Jahren in die Lage versetzen, Krieg gegen Russland führen zu können.
- Einziger Lichtblick in der SPD ist der SPD-Fraktionsvorsitzende Mützenich, der ein Einfrieren des Krieges in der Ukraine gefordert hat mit anschließenden Verhandlungen. Dafür bekommt er leider auch in seiner eigenen Partei keine Unterstützung.